

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordneter Jörg Bode (FDP)

Wird die Landesregierung die Aufforderung, „mindestens 100 Langzeitarbeitslose“ (PM Nr. 18/304 der SPD-Landtagsfraktion) zu beschäftigen, umsetzen?

Anfrage des Abgeordneten Jörg Bode (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 07.02.2019

Die SPD-Landtagsfraktion hat Minister Dr. Althusmann (CDU) am 07.02.2019 aufgefordert, eine Initiative zu starten und zu koordinieren, damit mindestens 100 Langzeitarbeitslose „an geeigneten Stellen im Landesdienst“ (PM Nr. 18/304 der SPD-Landtagsfraktion) eine berufliche Perspektive finden. Wörtlich heißt es in der Pressemitteilung: „Damit können wir diesen Menschen eine berufliche Perspektive bieten, das bestehende Personal der Landesverwaltung entlasten und parallel geeignete Bewerber gewinnen, um dem Fachkräftemangel in Teilen der Landesverwaltung entgegenzuwirken“, so Klein und Henning“ (PM Nr. 18/304 der SPD-Landtagsfraktion). Hintergrund der Aufforderung ist ein Gesetz zur Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose (Drucksache 19/4725), welches im Oktober 2018 durch Bundesarbeitsminister Heil (SPD) in den Bundestag eingebracht und im November 2018 durch CDU und SPD angenommen worden ist. „Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, für ‚sehr arbeitsmarktferne‘ Personen, die in den vergangenen acht Jahren mindestens sieben Jahre Arbeitslosengeld II bezogen haben, ein neues Instrument ‚Teilhabe am Arbeitsmarkt‘ in das SGB II (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) einzuführen. Das beinhaltet einen Lohnkostenzuschuss von 100 % zum Mindestlohn in den ersten beiden Jahren. In jedem weiteren Jahr wird dieser Zuschuss um zehn Prozentpunkte gekürzt. Ferner ist ein begleitendes Coaching für Beschäftigte und Arbeitgeber vorgesehen. Die Förderdauer soll maximal fünf Jahre betragen“ (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw41-de-teilhabechancen-gesetz/570754>).

1. Wie groß ist das Potenzial, mit 100 Langzeitarbeitslosen die Landesverwaltung zu entlasten und dem Fachkräftemangel in der Landesverwaltung zu begegnen?
2. Wann und wie hat die Landesregierung von der Aufforderung der SPD-Landtagsfraktion erfahren, und wird die Landesregierung dieser Folge leisten?
3. Wie beurteilt Arbeitsminister Dr. Althusmann (CDU) den Vorschlag, mindestens 100 Langzeitarbeitslose in den Landesdienst einzustellen?